

# diagonal

**BSPV**  
**APEB**

www.bspv.ch



## Editorial



Gewalt gegen das Personal: bei der Polizei schon lange Thema.

VSPB

# Gewalt gehört eben *nicht* mit zum Beruf!



Seit einiger Zeit diskutiert der BSPV das Thema Gewalt gegen Kantonsangestellte. Die Angriffe auf Polizisten in Biel und im Emmental sensibilisierten die breite Öffentlichkeit. In diesem *diagonal* haben Betroffene und Experten das Wort.

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Wer einer Mitarbeiterin der Steuerverwaltung eine Beleidigung an den Kopf wirft, ist genauso Täter, wie der, der einem Betreibungsbeamten droht oder der, der eine Polizistin tätlich angreift. Wer keinen Respekt vor der staatlichen Tätigkeit und ihren Vollzugsorganen hat, toleriert Gewalt.

Wenn ein Vorgesetzter seinen betroffenen Mitarbeiter dann auffordert, auf eine Anzeige zu verzichten, da der Vorfall eine Lappalie sei, dann setzt das gegen innen und gegen aussen ein völlig falsches Zeichen. Es gehört nämlich *nicht* mit zum Beruf, sich beschimpfen, bespucken oder verprügeln zu lassen.

Die oben geschilderten Beispiele sind keine erfundenen Fälle – es ist vielmehr der traurige Arbeitsalltag vieler unserer Mitglieder. Wir lassen in dieser *diagonal*-Ausgabe Betroffene und Experten aus den verschiedensten Bereichen zu Wort kommen. Wir wollen aber nicht nur darüber reden. Es braucht Massnahmen. Es braucht Mut und es braucht eine konsequente Haltung aller Betroffenen – und insbesondere auch von Seiten des Kantons als Arbeitgeber.

Der BSPV ist bereit, all jene zu unterstützen, die von ihren Vorgesetzten nicht ernstgenommen oder nicht genügend unterstützt werden. Wir sind für unsere Mitglieder da. Meldet euch.

## 2 Aktuelles Thema

### Aus verschiedenen Blickwinkeln

Wir beleuchten das Thema Gewalt gegen Kantonsangestellte aus verschiedenen Blickwinkeln: Betroffene, das Personalamt und der BSPV nehmen Stellung.

## 5 Aktuelles Thema

### Sparpaket: Quittung für Steuersenkungen

Mit dem Sparpaket von über 270 Millionen Franken präsentiert der Regierungsrat die Quittung für übereilte Steuersenkungen. Inakzeptabel ist insbesondere das Stellenmoratorium bei der Kapo.

## 7 Interview

### «Den verdienten Respekt einfordern»

Markus Meyer ist Grossrat und Präsident des Polizeiverbands Bern-Kanton – der grössten Sektion des BSPV. Dieses Jahr kandidiert der engagierte SP-Politiker für den Nationalrat.

## Hinweis

### Nationalratswahlen: Unterstützen Sie unsere Kandidaten

Am 23. Oktober finden die Wahlen für den Nationalrat statt. Der BSPV und *angestellte bern* unterstützen besonders engagierte Personalvertreterinnen und -vertreter. Geben Sie dem Personal Ihre Stimme und wählen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten (Seite 9).

Gewalt gegen Kantonsangestellte

# Betroffene, Kanton und BSPV nehmen Stellung

Diese *diagonal*-Ausgabe widmet sich dem Thema «Gewalt gegen Kantonsangestellte». Aus verschiedenen Blickwinkeln: Betroffene berichten von ihren Erfahrungen. Das Personalamt nimmt aus Sicht des Kantons Stellung. Der BSPV will die politischen Verantwortungsträger sensibilisieren.



Auch das Spitalpersonal ist von Gewalt betroffen (vgl. Kolumne, S. 11). *Inselspital Bern*



Februar 2005 im Jugendheim Prêles: Ein Jugendlicher bedroht mich und wird anschliessend tötlich. Resultat: eine gebrochene Nase meinerseits. Die körperlichen Schmerzen vergehen in meinem Fall rasch. Viel länger bleibt das Trauma – noch zusätzlich verstärkt durch mangelnde Unterstützung seitens des Betriebs. Bereits wenige Tage nach dem Vorfall erhielt ich kaum noch Unterstützung – weder von Kollegen noch von Vorgesetzten.

**«Die Schmerzen vergingen rasch. Das Trauma blieb viel länger.»**



Täglich werden Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand bedroht oder es kommt sogar zu Gewalt. Am häufigsten betrifft dies zweifellos die Polizei. Sie ist es auch, die für Ordnung sorgen und sich beispielsweise randalierenden «Sportfans» entgegenstellen müssen.

Es wäre aber falsch anzunehmen, nur die Mitarbeitenden der Polizei seien von Gewalt betroffen. Ein Sozialarbeiter, der eine verlangte Unterstützung nicht gewähren will oder ein Lebensmittelinspektor, der in einem Gastbetrieb auf mangelnde Hygiene hinweist, wird nicht selten aufs Übelste beschimpft.

Drohungen und Gewalt gegen Vertreter des Staates haben in letzter Zeit zuge-

nommen – mit tragischen Höhepunkten in Biel und im Emmental.

Als Vertreter des Staatspersonals verlangen wir hier ein rigoroses Eingreifen der politisch Verantwortlichen und eine Null-Toleranz-Haltung. Zusammen mit Markus Meyer und Matthias Burkhalter habe ich eine Motion dazu eingereicht.

**«Wir verlangen ein rigoroses Eingreifen der politisch Verantwortlichen.»**

Es braucht aber auch auf Seiten des Kantons geeignete Ansprechpartner, bei denen sich von der Verwaltung enttäuschte oder frustrierte Bürger aussprechen können. Ein Vorstoss von mir zur Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle wird im September im Grossen Rat behandelt.

*Peter Bernasconi, BSPV-Präsident*

Es folgten Einsamkeitsgefühle, ein Kampf mit der Versicherung bezüglich Kostenübernahme. Gleichzeitig arbeitete ich weiter, als ob nichts geschehen wäre. Trotz Schlaflosigkeit und Ängsten. Alles in allem hatte dieser Vorfall während fast zwei Jahren negative Auswirkungen auf meine Gesundheit. Aus eigener Tasche habe ich rund 1000 Franken für psychologische Hilfe bezahlt.

Seither nehme ich mir für Arbeitskollegen mit ähnlichen Erlebnissen Zeit, ihnen zuzuhören. Und ich mache sie auch auf mögliche Folgen aufmerksam, die ein solches Erlebnis haben kann – besonders im Hinblick darauf, dass es kaum institutionelle Ressourcen gibt.

*Missia Racine, Präsidentin der Sektion Jugendheim Prêles*



Zahlreiche Angestellte der Kantonsverwaltung sind mündlichen Gewaltandrohungen oder Tötlichkeiten ausgesetzt. Potenziell gefährdet sind Mitarbei-

tende, deren Aufgabe es ist, finanzielle Forderungen gegenüber ihren Kunden durchzusetzen oder Eingriffe in deren Alltag vorzunehmen. So beispielsweise Mitarbeitende der Kantonspolizei, der Steuerverwaltung, der Betriebs- und Konkursämter oder der Justiz.

Der Kanton Bern als Arbeitgeber nimmt das Thema Gewalt gegen seine Mitarbeitenden sehr ernst. Dies zeigen Aussagen im

Personalleitbild wie «Die physische und psychische Gesundheit der Mitarbeitenden und ihre persönliche Integrität werden hochgehalten» oder das Präventionsangebot mit dem Kurs «Sicherheit am Arbeitsplatz: Umgang mit gefährlichen Kunden».

«Der Kanton nimmt das Thema ernst.»

Von Gewaltandrohungen betroffene Mitarbeitende müssen unverzüglich ihre Vorgesetzten oder den Personaldienst informieren und notieren sich: Wer drohte wem wann womit?

*Hans-Ulrich Zürcher, Vorsteher des Personalamts des Kantons Bern*

## «Es müssen endlich Grenzen gesetzt werden!»

**Das Thema Gewalt am Arbeitsplatz bewegt. Zahlreiche Mitglieder haben dem BSPV ihre persönlichen Erfahrungen geschildert. Der BSPV will Betroffenen helfen und fordert: Null Toleranz bei Gewalt gegen Kantonsangestellte.**

Polizisten, RAV-Beratende, Betriebsbeamte und Pflegefachleute haben eines gemeinsam: Sie sehen sich wie viele andere Kantonsangestellte während der Arbeit immer häufiger mit Beschimpfungen, Bedrohungen oder Tötlichkeiten konfrontiert.

«Vorgesetzte verharmlosen oft alles»

Ein Mitglied schreibt, dass die Vorgesetzten in der Regel «alles verharmlosen». Diese Erfahrung musste auch eine andere Schreiberin machen. Sie wurde Opfer von massiver körperlicher Gewalt und leidet bis heute unter den Folgen. Von ihren Vorgesetzten und Kollegen fühlt sie sich im Stich gelassen. Dabei wäre es enorm wichtig, «dass die von Gewalt betroffenen Mitarbeitenden eine aufrichtige Fürsorge erleben», so Prof. Dirk Richter, Dozent am Fachbereich Gesundheit der Berner Fachhochschule. Bewährt hätten sich insbesondere Nachsorgeprogramme, die von gleichgestellten Kollegen durchgeführt werden.

«Wehret den Anfängen»

Im vom BSPV eingerichteten Diskussionsforum auf Facebook betont ein Mitglied, dass gegen Personen, die Drohungen aussprechen, vorkehrende Massnahmen eingeleitet werden müssten. Der Schreiber fordert allgemein, «angemessene Umgangsformen» zu pflegen. Ins gleiche Horn bläst auch eine weitere Schreiberin. Sie fordert: «Wehret den Anfängen!», indem bereits verbale Beleidigungen konsequent geahndet werden.

**Auch die Justiz ist gefragt**

Die Täter würden mit «Samthandschuhen» angefasst, während die Opfer sehen müssten, wo sie blieben, schreibt ein Polizeibeamter. Ähnlich sieht es eine Polizistin: Um nach dem Vorfall im Emmental ein Zeichen zu setzen, werde sie künftig jede Beleidigung und Bedrohung zur Anzeige bringen. Das nütze aber nur etwas, wenn die Urteile gegen die Täter dann entsprechend deutlich ausfielen: «Es müssen endlich Grenzen gesetzt werden!»

## Infos zu Gewalt am Arbeitsplatz

Grundsätzlich werden drei Formen der Aggression unterschieden: verbale Aggression (Beschimpfen, Drohen usw.), körperliche Gewalt und sexuelle Aggression.

### Gesetzliche Grundlagen

*Art. 285 StGB*

**Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte**

1.1 Wer eine Behörde, ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten durch Gewalt oder Drohung an einer Handlung, die innerhalb ihrer Amtsbefugnisse liegt, hindert, zu einer Amtshandlung nötigt oder während einer Amtshandlung tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

*Opferhilfegesetz, OHG*

*Art. 1*

1 Jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist (Opfer), hat Anspruch auf Unterstützung nach diesem Gesetz (Opferhilfe).

### Anlaufstellen

BSPV, Matthias Burkhalter,  
Tel. 031 311 11 66, burkhalter@bspv.ch

Ansprechstelle Personalamt (ASP)  
Tel. 031 633 45 78, info-asp@fin.be.ch

Psychologischer Dienst Police Bern  
Tel. 031 634 49 01

### Der BSPV fordert: Null Toleranz

Betroffene Mitglieder können sich jederzeit auf der Geschäftsstelle melden. Wir helfen – sei es mit Rechtsberatung oder Rechtsschutz. Die Politik darf nicht länger ihre Augen vor Gewalt am Kantonspersonal verschliessen. Der BSPV fordert: Null Toleranz!

Mit einem



Prämien sparen.

# Sparpaket: Quittung für übereilte Steuersenkungen

Mit einem Sparpaket von 277 Millionen Franken präsentiert der Regierungsrat die Rechnung für die übereilten Steuersenkungen. Die Beratung des Sparpakets im Rahmen der Verabschiedung des Voranschlags 2012 wird mit Spannung erwartet.



Im Juni präsentierte der Regierungsrat das Sparpaket.

Staatskanzlei

Der BSPV nimmt zur Kenntnis, dass die für Lohnmassnahmen vorgesehenen Mittel von 1,5 Prozent bloss für den Ausgleich der voraussichtlichen Teuerung von 1,0 Prozent und einen weit ungenügenden Stufenanstieg von durchschnittlich einer Stufe reichen werden. Mindestens 2,5 Prozente müssten gemäss den Aussagen des Regierungsrates geplant werden. Das Personal leistet also erneut einen starken Anteil an die Sanierung des Kantonshaushalts. Und trotzdem lautet der Kommentar eines Grossrats und Hardliners: «Es geht zu wenig weit, insbesondere bei den Personalkosten».

## Stellenmoratorium und -abbau

Bei den Pfarrern und den Strassenmeistern ist ein Stellenabbau geplant. Besorgnis erregen die vorgesehenen Vakanzen. Ganz klar nicht akzeptabel ist, dass die geplante Personalaufstockung um dreissig Stellen bei der Kantonspolizei nun verschoben werden soll. Diese Massnahme kann nur mit einer entsprechenden Reduktion der Aufgaben erreicht werden.

## Die Katze beisst sich in den Schwanz

Wo Stellen abgebaut oder nicht besetzt werden, steigt der Druck auf das restliche Personal. Zusätzlicher Druck erzeugt zusätzlichen Stress. Dieser kann negative Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit der Angestellten haben. Und die dadurch bedingten Ausfälle, Absenzen, Krankschreibungen und Kündigungen führen mittel- und längerfristig wiederum zu höheren Kosten. Da beisst sich die Katze wieder mal in den eigenen Schwanz.

## Der BSPV wartet ab – vorerst

Mit grosser Skepsis beobachten wir auch die geplanten Sparmassnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Es ist nun Aufgabe des Grossen Rates festzulegen, ob er seine Prioritäten bei abstrakten finanzpolitischen Zielen oder bei der konkreten Erfüllung der staatlichen Aufgaben setzt. Der BSPV wartet vorerst ab, ob er gemeinsam mit anderen Personalverbänden oder zusammen mit den Stimmberechtigten Korrekturen vornehmen muss.

## Das Entlastungspaket 2012–2015

Am 20. Juni 2011 präsentierte die Berner Kantonsregierung ein umfassendes Entlastungspaket für die Jahre 2012 bis 2015. 2012 sollen 277 Millionen Franken gespart werden und zwischen 2013 und 2015 sind Einsparungen zwischen 242 und 256 Millionen Franken vorgesehen.

### Gründe für die schlechten finanzpolitischen Prognosen:

- Die Neuordnung der Pflegefinanzierung und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (ca. 300 Mio.)
- Die vom Grossen Rat beschlossene Steuersenkung (200 Mio.)
- Die vom Volk beschlossene Reduktion der Motorfahrzeugsteuern (100 Mio.)
- Die voraussichtliche Reduktion der Gewinnausschüttung der Nationalbank (max. 210 Mio.)
- Die hängige Volksinitiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer (ca. 115 Mio.)

### Die Betroffenen:

Am meisten bluten muss die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (108 Mio.), gefolgt von der Erziehungsdirektion (64,7 Mio.) und der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (39,7 Mio.).

### Ausblick:

Im November wird das Entlastungspaket dem Grossen Rat vorgelegt.

## Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

**Oliver Grob**  
Kaufmann HKG,  
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



**Markus Glauser**  
Eidg. dipl. Versicherungsexperte,  
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



**Roland Kuonen**  
Eidg. dipl. Bankexperte,  
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,  
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und  
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand  
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

[www.glauserpartner.ch](http://www.glauserpartner.ch)



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

# FRIWASH

*Die sanfte,  
schonende  
Autowaschstrasse  
mit Textilfasern*

Ey 9a, 3063 Ittigen  
Tel. 031 921 76 83

**Webcam unter: [www.friwash.ch](http://www.friwash.ch)**

**Umzüge**  
Privat und Geschäft

**peyer  
bern**

T: 031 996 63 63  
[www.peyerbern.ch](http://www.peyerbern.ch)

Umzüge Transporte Lagerungen

**SCHMID**  
Storen AG

*Wir storen Sie!*  
Zum Beispiel mit: Pergolastoren

**Schmid-Storen AG**  
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen  
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52  
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf  
• Montage • Service • Reparaturen  
von Sonnen- und Wetterschutzprodukten

**Grotto Ticino**  
**Pizzeria Cafiero**  
am Breitenrainplatz  
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere  
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr  
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

[www.grotto-ticino.ch](http://www.grotto-ticino.ch)

Privat- und Geschäftsumzüge  
Lagerlogistik

**Kehrli+Oeler**

CH-3001 Bern  
Telefon 031 388 81 11

[www.kehrlioeler.ch](http://www.kehrlioeler.ch)

**Fenster  
Türen  
Schreinerei  
Zimmerei  
Parkett**

**P+H Parquet + Holzbau AG Bern**

Weissensteinstrasse 4, Postfach, 3000 Bern 5, Tel. 031 385 28 28,  
Fax 031 385 28 29, Mail: [info@phbe.ch](mailto:info@phbe.ch), Internet: [www.phbe.ch](http://www.phbe.ch)

**Muesmatt AG**  
**Fenster und Schreinerei**

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen  
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11

[www.muesmatt.ch](http://www.muesmatt.ch)



## «Staatsangestellte müssen den Respekt einfordern, den sie verdienen!»

Markus Meyer ist Grossrat und Präsident des Polizeiverbands Bern-Kanton (PVBK). Der PVBK ist mit über zweitausend Mitgliedern die grösste Sektion des BSPV. Matthias Burkhalter hat mit dem SP-Politiker gesprochen.

**Seit 2002 bist du Präsident des PVBK. Was hat dich zur Übernahme dieses Amtes bewogen?**

**Markus Meyer:** Ich wurde damals zu meiner eigenen Überraschung angefragt. Die Aufgabe habe ich sehr gerne übernommen. Seit über zwanzig Jahren engagiere ich mich in der Personalpolitik. Deshalb hat mich das Präsidium gereizt. Gleichzeitig war es von Anfang an eine sehr herausfordernde Aufgabe – besonders im Zuge des damaligen und leider immer noch aktuellen Spardrucks.

**Welche Anliegen des Personals müssen in nächster Zeit dringend umgesetzt werden?**

Die beiden Hauptprobleme sind schnell genannt: Löhne und Bestände. Was die Löhne betrifft, so herrscht durch alle Hierarchiestufen – vom Polizeischulabgänger bis zum Kommandaten – eine unbefriedigende Situation. Und mit dem im aktuellen Entlastungspaket vorgesehenen Stellenmoratorium verschärft sich das eklatante Problem beim Bestand zusätzlich.

**«Die beiden Hauptprobleme sind schnell genannt: die Löhne und die Bestände.»**

**Diese *diagonal*-Ausgabe widmet sich dem Thema Gewalt gegen Kantonsangestellte. Was unternimmt der Polizeiverband gegen die zunehmende Gewalt gegen seine Mitglieder?**

Da sind wir seit Jahren dran. Gegenwärtig tragen wir die Kampagne «Stopp Gewalt gegen die Polizei!» mit. Gleichzeitig versuchen wir, von Gewalt betroffenen Mitgliedern nach Kräften zu helfen – persönlich, mit Rechtsschutz und auch in finanzieller Hinsicht.

**Was kann oder muss der Kanton als Arbeitgeber tun, um seine Angestellten besser vor Gewalt zu schützen?**

Staatsangestellte müssen den Respekt einfordern, den sie verdienen! Dies beginnt bei vermeintlich harmlosen Delikten wie der Beschimpfung einer Steuersachbearbeiterin, der Bedrohung eines Lehrers oder dem Bespucken einer Polizistin. Solche Verstösse gehören konsequent geahndet. Hier muss – wie in meiner kürzlich eingereichten Motion gefordert – null Toleranz gelten!

**Welchen Wunsch hast du generell an die jetzige Regierung?**

Die gute Arbeit des Staatpersonals muss anerkannt, die Löhne müssen konkurrenzfähig werden. Lippenbekenntnisse reichen längst nicht mehr aus. Was

nützt uns eine Regierung die sagt, «Ja, wir haben zuwenig Leute, ja die Löhne sind zu tief. Aber nein, da kann man nichts tun»? Jetzt müssen Taten folgen! Schliesslich sind Mitarbeitende viel mehr als Produktionsfaktoren.

**Du kandidierst für den Nationalrat. Was könntest du dort bewirken?**

Das Staatspersonal braucht eine Lobby, auch auf Bundesebene. Ich bin überzeugt, dass nur ein finanziell gesunder Staat seine Mitarbeitenden korrekt behandelt. Zudem werden wichtige Personalanliegen in Bundesbern behandelt – so beispielsweise das BVG, überhaupt die Sozialversicherungen.

### Interview-Partner:

Dr. iur. Markus Meyer ist gelernter Maurer und praktizierender Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei in Langenthal und Bern. 1998 wurde der SP-Politiker in den Grossrat gewählt. Seit 2002 ist er Präsident des Polizeiverbands Bern-Kanton (PVBK). Zudem ist er u.a. Präsident des Bernisch-Kantonalen Fischereiverbandes und des Personalverbands Swisspersona. Er kandidiert für den Nationalrat.  
[www.markusmeyer.ch](http://www.markusmeyer.ch)

## «Wir haben zwar etwas erreicht, aber...»

Mitte Juni traf sich die Abgeordnetenversammlung des BSPV zur Sitzung im Berner Rathaus. Hauptthemen waren die unbefriedigende Lohnsituation, die Pensionskassen und die Lohninitiative. Anschliessend wurden die 40-Jahre-Jubilare geehrt.



Annelise Vaucher trat als Vizepräsidentin der AV zurück. Lehmann

Die Abgeordnetenversammlung (AV) des BSPV traf sich am 17. Juni unter der Leitung von AV-Präsident Christian Staub im Berner Rathaus zur diesjährigen Versammlung. Hauptthemen waren die Lohnsituation und die Pensionskassen. Als Gastreferentin trat Finanzdirektorin Beatrice Simon auf.

### «Schlüssel liegt in der Finanzpolitik»

In ihrem Referat bezeichnete Beatrice Simon die Personalpolitik des Kantons als «Grossbaustelle». In der Vergangenheit hätten die Finanzen immer Priorität gehabt. Deshalb blieb kein Geld für Lohnanpassungen. Die Folge sei, dass man heute Mühe habe, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu behalten. Allerdings könne der heutige Lohnrückstand von 15 Prozent nicht so rasch beseitigt werden. Dafür seien die finanzpolitischen Aussichten der kommenden Jahre zu schlecht. «Der Schlüssel für eine gute Personalpolitik liegt in der Finanzpolitik», ist Simon überzeugt.

### Fragwürdige Berechnungsmethoden

BSPV-Präsident Peter Bernasconi bezeichnete in seinem Jahresbericht die

Lohnentwicklung als ungenügend. Das eine Prozent Lohnsummenwachstum werde erst noch fragwürdig berechnet, so der Präsident. Es wird nämlich ein sogenannter Fluktuationsgewinn abgeschöpft. Erst nach dessen Abzug wird dann das gewährte Lohnprozent hinzugefügt. Bernasconi betonte, dass er sich schon seit Jahren gegen diese Berechnung wehrt.

### Gescheitertes Lohnsystem

Ende letztes Jahr hatten Bernasconi und andere mit einem Vorstoss immerhin erreicht, dass die Regierung einer Lohnsummenerhöhung von 1,8 Prozent zustimmt. Bernasconi resümierte: «Wir haben zwar etwas erreicht, aber im Quervergleich zu Bund, SBB oder der Stadt ist die Lohnsituation immer noch unbefriedigend.» In der Zwischenzeit habe aber auch der Regierungsrat erkannt, dass das Lohnsystem BEREBE in seiner heutigen Form nicht mehr weitergeführt werden kann. Nicht zuletzt diese Ausgangslage habe die Personalverbände bewogen, eine Lohninitiative zu lancieren. Bernasconi forderte die Mitglieder der AV dazu auf, Unterschriften zu sammeln und sich für die Initiative einzusetzen.

### «Nur» ein blaues Auge

BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter äusserte sich zum Sparpaket, das die Regierung dann kurz darauf der breiten Öffentlichkeit präsentierte. Das Personal sei beim Entlastungspaket bisher mit einem blauen Auge davongekommen. Immerhin seien weiterhin 1,5 Prozent Lohnsummenwachstum vorgesehen. «Das ist zwar ungenügend, aber besser als bei der letzten Sparübung», so Burkhalter. Mit grosser Skepsis beobachte man aber die geplanten Sparmassnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit.

Mehr zum Sparpaket auf Seite 5.

## Bern – der beste Kanton der Welt

Viele Grossratsmitglieder lesen das *diagonal* sehr aufmerksam. Sie geben mir Feedback: Warum schreibt ihr so kritisch? Weshalb wird immer nur das Negative gesagt?

Negativ? Aber mitnichten! Ich sage ganz deutlich: Bern ist der beste Kanton der Welt! Wir haben Eiger, Mönch und Jungfrau. Zürich hat nur den Uetliberg. Wir haben die Aare. Zug hat sie nicht. Wir sind zweisprachig. In Schwyz spricht man nur deutsch.

Das tönt nun positiv, ist aber nicht nett gegenüber den anderen Kantonen, die dafür doch so tiefe Steuern haben. Vielleicht liegt das daran, dass das Positive nur dann so erhaben tönt, wenn es mit dem Negativen verglichen wird. Die Steuersenker wissen das.

Doch ernsthaft: Der Kanton Bern hat effektiv eine gute Pensionskassenlösung. Ein sehr gutes Leistungsprimat. Der BSPV steht dazu.

Der Kanton Bern hat mit BEREBE tatsächlich ein gutes Lohnsystem. Der BSPV will es umsetzen.

Der Kanton Bern hat eine gute Verwaltung. Eine hoch effiziente. Der BSPV will sie bewahren. Nicht ab- oder ausbauen, sondern so erhalten.

Der Kanton Bern hat hoch motiviertes Personal. Der BSPV will es schützen. Auch vor Gewalt.

Das ist nun ein rundum positiver Artikel. Ich hoffe, dass ich meinen Kritikern damit Genüge getan habe und sie mich unterstützen werden. Das wäre positiv!

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV und Grossrat



# Nationalratswahlen: Unterstützen Sie unsere Kandidierenden

Am 23. Oktober finden die Wahlen für den Nationalrat statt. Der BSPV und *angestellte bern* setzen sich für besonders engagierte Personalvertreterinnen und -vertreter ein. Geben Sie dem Personal Ihre Stimme und unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

Der BSPV und *angestellte bern* unterstützen Nationalratskandidierende, die sich besonders für Personal- und Angestellten-themen engagiert haben. Als anerkanntes Engagement gilt insbesondere die Mitgliedschaft in einer führenden

Funktion im Vorstand einer Sektion, die Mitgliedschaft im Büro der Abgeordnetenversammlung, die Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung oder die Arbeitnehmervertretung in der Verwaltungskommission der BPK oder BLVK.

Die Kandidierenden erklären ihrerseits, sich nach einer möglichen Wahl für die Interessen des Kantons- und Bundespersonals einzusetzen.

Die folgenden BSPV-Mitglieder haben ihre Kandidatur bei der Geschäftsstelle gemeldet:



**Matthias Burkhalter,**  
SP, Liste 3, neu  
1954, Rümligen  
Historiker, Grossrat,  
Präsident  
*angestellte bern*,  
Geschäftsführer BSPV



**Markus Meyer,**  
SP, Liste 3, neu  
1965, Roggwil  
Dr. iur. Rechtsanwalt,  
Grossrat, Präsident  
Polizeiverband Bern



**Marianne Streiff-Feller,** EVP, Liste 11,  
bisher  
1957, Oberwangen  
Primarlehrerin, Mitglied  
Geschäftsleitung  
*angestellte bern*



**Christoph Ammann,**  
SP, Liste 3, neu  
1969, Meiringen  
Gymnasiallehrer,  
Grossrat



**Philippe Garbani,**  
SP, Liste 3, neu  
1946, Biel  
alt Regierungstatthalter



**Andrea Geissbühler,**  
SVP, Liste 1, bisher  
1976, Herreschwanden  
Kantonspolizistin



**Roland Näf,**  
SP, Liste 3, neu  
1957, Muri  
Schulleiter, Grossrat



**Corrado Pardini,**  
SP, Liste 3, bisher  
1965, Lyss  
Co-Präsident Gewerkschaftsbund  
Kanton Bern, Grossrat



**Werner Salzmann,**  
SVP, Liste 1, neu  
1962, Mülchi  
Dipl. Ingenieur  
Agronom FH



**Daniel Steiner-Brütsch,** EVP, Liste 12,  
neu, 1973, Langenthal  
Dr. phil.-nat. Bereichsleiter,  
PH Zürich, Grossrat

## Anzeige



### Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen  
Um- und Neubauten  
Kernbohrungen und Betonfräsen

Sägemattstrasse 2  
3097 Liebefeld  
Telefon 031 971 29 95  
[www.bucherbau.ch](http://www.bucherbau.ch)

## Zahlreiche neue Mitglieder

Über zwanzig Personen haben an der diesjährigen Hauptversammlung des Verbands Bernischer GerichtsschreiberInnen teilgenommen.

Zahlreiche Gerichtsschreiberinnen und -schreiber konnten durch die Justizreform ein Richteramt übernehmen. Die dadurch entstandenen Lücken wurden durch neue Mitglieder aber gut gefüllt. Augenfällig ist, dass der Verband Bernischer GerichtsschreiberInnen fast ausschliesslich aus jungen Frauen besteht.

### Zwei neue Vorstandsmitglieder

Präsidentin Simone Mühlethaler konnte dieses Jahr über zwanzig Mitglieder und Gäste an der Versammlung begrüßen. Die Anwesenden nahmen von den Rücktritten von Evelyne Haldner und Esther Wyss Kenntnis. Sie werden im Vorstand ersetzt durch Dina de Giorgi und Manuel Blaser.

### Markant schlechtere Einreihungen

BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter wies auf die unbefriedigenden Einreihungen hin. Diese sind markant schlechter als beim übrigen Kantonspersonal. Eine Korrektur durch die Justizleitung müsste möglichst rasch erfolgen. Anastasia Falkner, Präsidentin des Richterverbandes ermunterte die Anwesenden, Geschlossenheit zu demonstrieren.

*Seit der Hauptversammlung konnte der Verband Bernischer GerichtsschreiberInnen zahlreiche Neuzugänge verbuchen. Der BSPV gratuliert zu diesem Erfolg.*

## Löhne und Belastung stiegen

Mitte Mai traf sich der VBKBIS zur Jahresversammlung in Twann am Bielersee. Die erneut gestiegene Arbeitsbelastung und der vom Regierungsrat beschlossene Stellenstopp beschäftigten viele Mitglieder.



Präsident Roger Schober (Mitte) tritt per 2012 zurück. Lehmann

Der Verband der Betriebs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso der Steuerverwaltung des Kantons Bern (VBKBIS) durfte am 13. Mai anlässlich der 82. Hauptversammlung in Twann drei neue Aktivmitglieder willkommenheissen.

### Gestiegene Arbeitsbelastung

In seinem Jahresbericht wies Präsident Roger Schober auf die nach dem Rekordjahr 2009 erneut gestiegene Arbeitsbelastung hin und untermauerte dies mit konkreten Zahlen. Er betont, dass die Schaffung zusätzlicher Stellen unumgänglich sei. Immerhin gibt es bezüglich Löhne eine positive Entwicklung: Im Zuge der Umstrukturierung wurden per Anfang 2010 viele Mitglieder höher eingereiht.

### Rücktritt nach 15 Jahren

Schober kündigte zudem an, dass er an der Hauptversammlung 2012, an der ordentliche Wahlen anstehen, nach 15 Jahren als Präsident zurücktreten werde. Der heutige Vize-Präsident, Renato Peng, wird die Verbandsführung übernehmen.

### Hinweis

## Doch keine Kantonalisierung?

Der Regierungsrat hat am 1. Juni aus finanzpolitischen Gründen beschlossen, dem Grossen Rat die Beibehaltung der bisherigen kommunalen Kompetenz im Kindes- und Erwachsenenschutz zu beantragen. Das heisst, die angekündigte Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (180 neue Kantonsangestellte, vgl. *diagonal* 3/11, S. 9) findet nun eventuell doch nicht statt. Der definitive Entscheid über die Vollzugskompetenz liegt beim Grossen Rat und soll in der Novembersession gefällt werden.

### Hinweis

## Fehlender Jahresbericht gesucht

Der BSPV hat ein ansehnliches Archiv. Die Jahresberichte sind seit 1922 lückenlos vorhanden. Einzig der deutschsprachige Geschäftsbericht von 1967 wird vermisst. Ist im Kreise unserer älteren Mitglieder vielleicht jemand im Besitz eines Exemplars? Dann bitte melden unter Tel. 031 311 11 66. Danke!

### Hinweis

## Sektion HTP lädt zum Höck in Bern

Am 14. September 2011 lädt die Sektion Handwerklich-technisches Personal (HTP) zum Regionalhöck in Bern-Stadt. Bei gemütlichem Zusammensein findet eine lockere Diskussion über aktuelle Themen statt.  
**Wann:** Mittwoch, 14. September 2011, 19.00 Uhr  
**Wo:** Restaurant «Beaulieu», Erlachstrasse 3, 3012 Bern

# «Frust und damit Aggression verhindern»

**Mit einer Motion fordert BSPV-Präsident Peter Bernasconi erneut die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle zur Prävention von Drohungen und Gewalt. Was eine solche Stelle bewirken kann, zeigt ein Besuch beim Ombudsmann der Stadt Bern.**



**Mario Flückiger, seit 1996 Ombudsmann der Stadt Bern.** Lehmann

Über 180 eröffnete Falldossiers, 254 Anfragen und 406 Weiterverweisungen an andere Stellen: So sieht die in Zahlen ausgedrückte Bilanz der stadtbernischen Ombudsstelle für das Jahr 2010 aus. Doch hinter diesen Zahlen verbergen sich zahlreiche Menschen. Menschen, die mit den manchmal kompliziert anmutenden Vorschriften und Verwaltungsabläufen überfordert sind. Menschen, die wissen möchten, wie es um ihre Rechte steht. Menschen, die sich von der Verwaltung unkorrekt behandelt fühlen.

## Kantonale Stelle gefordert

In seinem Jahresbericht schreibt Mario Flückiger, Ombudsmann der Stadt Bern, dass sehr viele der sogenannten «Weiterverweisungen» Anliegen in kantonalen Zuständigkeit betreffen. «Es fällt oft schwer, den betroffenen Ratsuchenden das Fehlen einer Ombudsstelle auf kantonalen Ebene zu erklären», so Flückiger.

Seit Jahren fordert BSPV-Präsident Peter Bernasconi die Schaffung einer solchen kantonalen Stelle – letztmals im vergangenen November mit einer entspre-

chenden Motion. Der Regierungsrat beantragte im Mai deren Ablehnung. Seit Jahren steht die Möglichkeit zur Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle in der Verfassung. Warum der Kanton Bern dies noch nicht umgesetzt hat, ist für Mario Flückiger «unbegreiflich», denn der Bedarf sei offensichtlich da.

## Gleich lange Spiesse schaffen

Die Idee einer Ombudsstelle sei es, so der Ombudsmann, bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig die Ansammlung von Frustration und somit die Bildung von Aggression gegen Behörden zu verhindern. Dass er eine neutrale und unabhängige Stelle sei, bei der die Leute auch mal «Dampf ablassen» können, helfe dabei sehr. «Generell versuche ich, gleich lange Spiesse für Bürger und Verwaltung zu schaffen.» Durch seine Abklärungen kann der Ombudsmann die Abläufe und Entscheide der Verwaltung transparent und für den Betroffenen nachvollziehbar machen. «Auch wenn der Entscheid am Ende vielleicht nicht zugunsten des Klienten ausfällt, ist dieser danach meist zufriedener – einfach weil der Fall von einer neutralen Stelle begutachtet worden ist», resümiert Flückiger.

In der Septembersession wird sich der Grosse Rat mit der Motion von Peter Bernasconi beschäftigen.

*Das ganze Interview mit Mario Flückiger, Ombudsmann der Stadt Bern, lesen Sie unter [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch).*

**Ombudsstelle der Stadt Bern  
Junkerngasse 56, Bern  
Tel. 031 312 09 09  
[ombudsstelle@bern.ch](mailto:ombudsstelle@bern.ch)**

## Kolumne

### Gewalt im Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen hängt Aggressivität oftmals mit neuropsychiatrischen Erkrankungen wie Schizophrenie, Alkoholabhängigkeit oder Demenz zusammen. Zahlreiche Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass darüber hinaus die Interaktion zwischen Patienten und Mitarbeitenden von zentraler Bedeutung ist. Patienten und Angehörige fühlen sich oft nicht richtig verstanden oder ungenügend informiert und verstehen die Spitalroutinen nicht.

Die Problematik aggressiver Patienten, Angehöriger oder Besucher wird seit etwa zwanzig Jahren als relevantes Thema erkannt, erforscht und in den Einrichtungen bearbeitet. Ursprünglich war es ein Thema nur für die Psychiatrie und auch nur für die Pflege. Jedoch hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, wie sehr auch andere Bereiche durch Aggressivität belastet werden.

Die Prävention aggressiver Auseinandersetzungen basiert daher auf einer adäquaten Kommunikation und Beziehungsaufnahme. Aggressionsmanagements- und Deeskalationsprogramme sind heute gut verfügbar. Sie müssen allerdings auch angewendet und eingeführt werden – daran mangelt es oftmals.



Von Prof. Dr. Dirk Richter  
Dozent Forschung und Entwicklung Pflege  
Berner Fachhochschule

*Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.*

## Spätere Pensionierung?

Der Kanton Bern befürchtet für die kommenden Jahre einen Personalmangel. In Bern sei der Anteil an Personen im Rentenalter höher als in anderen Kantonen, so das Personalamt. Deshalb rüstet sich der Kanton bereits jetzt für die Zukunft: Ende Juni erhielten 4000 zufällig ausgewählte Kantonsangestellte ab 45 Jahren einen Fragebogen. Mit diesem soll untersucht werden, unter welchen Umständen das Personal bereit wäre, länger als geplant für den Kanton zu arbeiten.

## Lehrer fordern 6 Prozent mehr Lohn für 2012

Der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) fordert für 2012 eine Realloohnerhöhung von mindestens sechs Prozent, den vollen Teuerungsausgleich in allen Kantonen sowie eine verlässliche Lohnperspektive. Die Lohnentwicklung müsse wieder in allen Kantonen gesetzlich verankert werden. Damit soll der Lehrerberuf wieder attraktiver und dem Lehrermangel entgegengewirkt werden.

## Zentralverband: Forderungen für 2012

Der Zentralverband Öffentliches Personal Schweiz (ZV) fordert für die Lohnrunde 2012 den vollen Teuerungsausgleich für das gesamte Schweizer Staats- und Gemeindepersonal sowie je nach lokalen oder regionalen Gegebenheiten einen generellen Reallohnanstieg von mindestens 1 Prozent. Zudem seien vorhandene Lohnungleichheiten zwischen Frau und Mann auszuräumen.

## Berner Frauen verdienen weniger als die Männer

Die Löhne der Frauen im Kanton Bern (öffentlicher und privater Sektor) sind zwischen 2006 und 2008 im Durchschnitt um 1,1 Prozent mehr angestiegen als die der Männer. Gleichzeitig lag der monatliche Bruttolohn der Frauen 2008 aber durchschnittlich um 1085 Franken tiefer als der ihrer männlichen Kollegen. Dies besagen die «Konjunktur- und Strukturdaten des Kantons Bern» des beco Berner Wirtschaft im Mai 2011.

## Motion fordert Vaterschaftsurlaub

«Der Regierungsrat wird beauftragt, für die Angestellten des Kantons Bern einen Vaterschaftsurlaub einzuführen und das Personalgesetz entsprechend anzupassen.» So lautet die Forderung der Mitte Juni eingereichten Motion von Grossrat Adrian Wüthrich und anderen. In Basel-Stadt ist man bereits einen Schritt weiter. Dort dürfen seit neuestem Väter, die beim Kanton arbeiten, acht Monate unbezahlten Urlaub beziehen – mit Arbeitsplatzgarantie.

## Mehr Lohn für Basler Angestellte?

Der Basler Angestelltenverband wiederholt seine Forderung nach mehr Lohn für Kantonsangestellte. Weil die Staatsrechnung besser abschneidet als budgetiert, sei es an der Zeit, auch die Löhne wieder anzuheben, so der Verband. Im Herbst finden die Verhandlungen statt.



Ältere Kantonsangestellte sind gefragt.



Frauen verdienen immer noch weniger.



Wüthrich (re) fordert Vaterschaftsurlaub.

## Impressum

**diagonal**

BSPV  
APEB

Offizielles Organ des Bernischen  
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du  
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

### Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel  
Matthias Burkhalter  
Redaktionsadresse:  
Postgasse 60, Pf 533  
3000 Bern 8  
Tel. 031 311 11 66  
Fax 031 311 11 18

### Übersetzung französisch

T. Wenger

### Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG  
Wölflistrasse 1  
Postfach 8326  
3001 Bern  
inserate@staempfli.com

### Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG  
Postfach 8326  
3001 Bern

# «Tempérer les frustrations et donc les agressions»

**Dans une motion, le président de l'APEB, Peter Bernasconi, exige une nouvelle fois la création d'un organe cantonal de médiation pour la prévention de menaces et d'actes de violence. Une visite auprès de l'ombudsman de la Ville de Berne a montré toute l'utilité d'un tel organe.**

Ouverture de plus de 180 dossiers de cas à traiter, 254 demandes de renseignements ou d'aide et 406 renvois à d'autres instances: tel est le bilan, exprimé en chiffres, des activités de l'ombudsman de la Ville de Berne pour 2010. Pourtant, ces chiffres cachent bon nombre de réalités humaines. Ces personnes sont dépassées par des prescriptions et des procédures parfois rébarbatives et compliquées. Elles aimeraient savoir quels sont exactement leurs droits. Elles se sentent injustement traitées par l'administration.

## Une instance cantonale

Dans son rapport annuel, Mario Flückiger, ombudsman de la Ville de Berne, écrit que de très nombreux renvois à d'autres instances entrent dans les compétences du canton. «Il n'est pas facile d'expliquer aux personnes en quête d'une aide l'absence d'un tel service à l'échelon cantonal», déclare-t-il.

Cela fait des années que le président de l'APEB, Peter Bernasconi, exige la création d'un tel organe au plan cantonal, la dernière fois en novembre dernier par le biais d'une motion. Le Conseil-exécutif a demandé en mai le rejet de cette motion. Depuis 15 ans, la Constitution prévoit la possibilité de créer l'organe en question à l'échelon cantonal. Mario Flückiger trouve «incompréhensible» que le canton de Berne ne l'ait pas encore créé, sa nécessité étant évidente.

## Créer l'égalité des chances

Un organe de médiation a pour but, d'empêcher que dans l'esprit des citoyens et des citoyennes se forment des sentiments de frustration et une volonté d'agression à l'encontre des autorités. Le



**Mario Flückiger, ombudsman de la Ville de Berne.** Lehmann

fait qu'il constitue une instance neutre et indépendante auprès de laquelle les gens peuvent se confier est très important. «Je m'efforce de créer l'égalité des chances entre les citoyens et l'administration». Par ses explications, l'ombudsman est à même d'apporter plus de transparence dans les procédures et les décisions administratives et de les rendre plus compréhensibles aux yeux des personnes concernées. «Même si la décision n'est pas toujours favorable au client, ce dernier est généralement plus satisfait du seul fait que sa demande est analysée d'un point de vue neutre», ajoute Flückiger.

Au cours de la session de septembre, la motion de Peter Bernasconi sera soumise à l'examen du Grand Conseil.

*Vous pouvez lire dans son intégralité l'interview accordée à Mario Flückiger, ombudsman de la Ville de Berne sous: [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch) (en allemande).*

## Note

### Quittance pour les baisses d'impôts

Avec un plan d'économies de 277 millions de francs, le Conseil-exécutif présente la «facture» pour les baisses d'impôts inconsidérées. On attend impatiemment le débat qui aura lieu sur le plan d'épargne dans le cadre de l'adoption du budget 2012.

### Une augmentation insuffisante

Les moyens financiers prévus pour les mesures salariales, soit 1,5 pour cent, ne suffiront que pour la compensation du renchérissement, de 1,0 pour cent probablement, et pour des augmentations largement insuffisantes d'échelons, à savoir une augmentation moyenne d'un échelon.

### Blocage des postes: inacceptable!

Il est absolument inacceptable que l'augmentation prévue des effectifs de la police cantonale, soit une augmentation de 30 postes, soit renvoyée à une date ultérieure. Cette mesure ne peut se réaliser qu'avec un allègement correspondant des tâches.

### Observer avec scepticisme

C'est avec un grand scepticisme que nous observons aussi la mise en œuvre des mesures d'économies prévues dans les domaines de la formation et de la santé. L'APEB attend de voir, dans un premier temps, si elle doit procéder à des corrections d'entente avec les autres associations de personnel ou avec les électeurs.

Violence à l'encontre des employés cantonaux

# Les experts prennent la parole

La présente édition de *diagonal* est consacrée au thème de la violence à l'encontre des employés cantonaux. Des personnes concernées, le canton et l'APEB prennent position.



Aussi le personnel des hôpitaux est touché par la violence.

Manuel Zingg



Quotidiennement, des représentants et des représentantes des pouvoirs publics sont menacés ou même victimes d'actes de violence. Le plus souvent, cela concerne de toute évidence la police. Car ce sont bien entendu les agents de police qui doivent veiller au maintien de l'ordre et faire face, par exemple, aux débordements lors de manifestations sportives.

Il serait toutefois faux de penser que seuls les agents de police sont concernés par les actes de violence. Il n'est pas rare qu'un assistant social qui refuse d'accorder l'aide demandée ou un inspecteur des denrées alimentaires qui constate des carences au niveau de l'hygiène dans un établissement de restauration soit insulté de la plus vilaine manière.

Les menaces et les actes de violence à l'encontre de représentants des pouvoirs publics ont augmenté ces derniers temps –

les incidents les plus graves ayant eu lieu à Bienne et dans l'Emmental. En tant que représentants du personnel cantonal, nous exigeons des responsables politiques une attitude intransigeante et une tolérance zéro. D'entente avec Markus Meyer et Matthias Burkhalter, j'ai déposé une motion visant à satisfaire à cette exigence.

**« Nous exigeons des mesures sévères de la part des responsables politiques. »**

Côté canton, il faudrait toutefois qu'il y ait des négociateurs à même d'être à l'écoute des citoyens déçus de l'administration ou en proie à de profondes frustrations occasionnées par celle-ci. Une intervention parlementaire déposée par moi-même et visant à créer un poste d'ombudsman cantonal sera examinée en septembre par le Grand Conseil.

*Peter Bernasconi, président de l'APEB et député socialiste au Grand Conseil*

## Informations supplémentaires

Types d'agressions:

- Agression verbale
- Menaces verbales
- Violence corporelle
- Harcèlement sexuel

### Bases légales

*Art. 285 CP*

Violence ou menace contre les autorités et les fonctionnaires

1.1 Celui qui, en usant de violence ou de menace, aura empêché une autorité, un membre d'une autorité ou un fonctionnaire de faire un acte entrant dans ses fonctions, les aura contraints à faire un tel acte ou se sera livré à des voies de fait sur eux pendant qu'ils y procédaient, sera puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire.

### Loi sur l'aide aux victimes, LAVI

*Art. 1 Principes*

1 Toute personne qui a subi, du fait d'une infraction, une atteinte directe à son intégrité physique, psychique ou sexuelle (victime) a droit au soutien prévu par la présente loi (aide aux victimes).

*Art. 2 Formes de l'aide aux victimes*

L'aide aux victimes comprend:

- a. les conseils et l'aide immédiate;
- b. l'aide à plus long terme fournie par les centres de consultation;
- c. la contribution aux frais pour l'aide à plus long terme fournie par un tiers;
- d. l'indemnisation;
- e. la réparation morale;
- f. l'exemption des frais de procédure

### Informations et consultation

APEB, Matthias Burkhalter

Tél. 031 311 11 66, burkhalter@bspv.ch

Service de consultation office du personnel (SCPers), Tél. 031 633 45 78, info-asp@fin.be.ch

Service psychologique Police Berne  
Tél. 031 634 49 01



Février 2005, un soir au Foyer d'éducation de Prêles, un jeune me menace, puis m'agresse, résultat : un nez cassé.

La douleur physique s'estompe vite, reste dans mon cas le traumatisme qui a duré longtemps renforcé par le manque de soutien institutionnel. Après quelques jours et encore plus après quelques mois, rares sont les personnes

(collègues ou hiérarchie) qui sont là pour me soutenir. Solitude extrême, combat avec les assurances pour trouver une prise en charge, continué à travailler, faire comme si tout va bien malgré les insomnies et les angoisses.

**« La douleur physique s'estompe vite, reste le traumatisme. »**

En résumé, cet acte de violence a une des répercussions sur ma santé durant

près de 2 ans. L'aide psychologique j'ai payé de ma poche.

Depuis, lorsque des collègues sont victimes d'actes similaires, je prends le temps de les écouter amicalement, de les rendre attentifs au fait aux suites possibles d'une agression vu qu'il n'existe que peu de ressources institutionnelles.

*Missia Racine, présidente de la section Foyer d'éducation Prêles*



De nombreux employés de l'administration cantonale sont exposés aux menaces verbales ou physiques d'actes de violence.

Les collaborateurs les plus exposés sont ceux qui ont la compétence de satisfaire une demande d'aide financière de leurs clients ou d'intervenir dans la vie quotidienne de ceux-ci.

Le canton, en tant qu'employeur, prend très au sérieux le thème de la violence à l'encontre de ses collaborateurs.

**« Le canton, en tant qu'employeur, prend ce problème très au sérieux. »**

Il est précisé dans le concept sur le personnel que la santé physique et psychique des collaborateurs de même que leur inté-

grité personnelle doivent être respectées et parmi les cours proposés.

Les collaborateurs concernés par les menaces d'actes de violence doivent immédiatement le signaler à leurs supérieurs ou en informer le service du personnel et noter pour eux mêmes: Qui a menacé qui? Quand? Avec quoi?

*Hans-Ulrich Zürcher, chef de l'Office du personnel du canton de Berne*

Un seul



pour réduire vos primes.



**Quelle chance que vous soyez membre de l'APEB.** Vous profitez ainsi de plus de 25% de rabais sur les primes d'assurances complémentaires et d'un conseil personnalisé auprès de la CPT, première caisse-maladie online. Commandez simplement votre offre: 058 310 98 71 ou [www.bspv.kpt.ch](http://www.bspv.kpt.ch)



# diagonal

**BSPV**  
**APEB**  
www.bspv.ch



## 13 Portrait

### « Tempérer les frustrations »

Dans une motion, le président de l'APEB exige la création d'un organe cantonal de médiation. Une visite auprès de l'ombudsman de la Ville de Berne.

## 14 Sujet politique

### Violence envers le personnel

Nous discutons le thème de la violence à l'encontre des employés cantonaux sous différents points de vue.

## Editorial



La violence envers les employés: und sujet important pour la police. [police.be.ch](http://police.be.ch)

# La violence n'est pas un risque professionnel!

Depuis quelque temps, l'APEB se consacre au thème violence envers les employés de l'administration cantonale. Dans ce numéro de *diagonal* nous donnons la parole à aux personnes concernées ainsi qu'aux experts.

Par Matthias Burkhalter, administrateur APEB

Une personne qui insulte une employée de l'Intendance cantonale des impôts est aussi coupable qu'une personne qui agresse physiquement une agente de police.

Si un supérieur enjoint les collaborateurs concernés à renoncer à porter plainte car l'incident, est, selon lui, une bagatelle, sa consigne est, que ce soit sur le plan interne ou vis-à-vis de l'extérieur, complètement erronée. L'exercice d'une profession n'implique en effet en aucun cas les insultes, les crachats voire les agressions physiques.

Dans la présente édition de *diagonal* nous donnons la parole aux personnes concernées et aux experts. Il ne suffit pas d'en parler. Il faut aussi une attitude cohérente de toutes les personnes concernées – et notamment de la part du canton en tant qu'employeur.

L'APEB est prête à apporter son soutien à tous ceux et à toutes celles qui ne sont pas pris au sérieux ou pas suffisamment soutenus par leurs supérieurs. Nous restons à l'écoute de nos membres et sommes prêts à intervenir en leur faveur. N'hésitez pas à vous annoncer !